

Eine Versammlung der Staatsarbeiter.

Die Staatsarbeiter sämtlicher Kategorien hielten vorgestern abend in der Volkshalle des Rathhauses eine massenhaft besuchte Versammlung ab, um eine Kundgebung für eine Erhöhung der Steuerungs- und Zulagen zu veranstalten. Unter den ungefähr 4000 Staatsarbeitern, die die Volkshalle dicht füllten, waren mehr als die Hälfte Frauen. Die Ausführungen der Redner gaben wiederholt Anlaß zu demonstrativen Kundgebungen für einen baldigen Friedensschluß sowie für die raschste Erfüllung der von den Staatsarbeitern aufgestellten Lohnforderungen.

Reichsratsabgeordneter Forstner besprach in seinem Referat die Lage der Arbeiter in den staatlichen Betrieben und sagte, die Regierung spare nicht mit Belohnungen für die Arbeiter, dafür aber um so mehr mit den notwendigsten Steuerungsbeiträgen. Bei den wahnsinnig hohen Preisen aller Lebensmittel und notwendigen Bedarfsartikel können sich die Arbeiter weder sättigen noch kleiden. Die Anschaffung eines Anzuges sei für staatliche Angestellte bis zum Hofrat eine Unmöglichkeit. Die von der Regierung geplant gewesenen Steuerungsbeiträge seien völlig ungenügend, und die Absicht, die gewährten Zulagen erst am 1. Jänner 1919 zur Auszahlung zu bringen, werde auf den härtesten Widerstand der Arbeiterschaft stoßen. Abg. Forstner erklärte noch, daß die Staatsarbeiter auf keinen Geldzulagen bestehen würden, wenn die Regierung die Naturalverpflegung in Angriff nehmen würde, wenn sie Kleider, Schuhe, Lebensmittel, alles, was zum Leben notwendig sei, vom Staate erhielten, dann hätten sie es nicht notwendig, Anschaffungs- und Steuerungsbeiträge zu verlangen. Bei den gegenwärtigen Bezügen werde es der Staatsarbeiterschaft unmöglich sein, ihren Pflichten nachzukommen, sie verlangt deshalb die Auszahlung der Steuerungsbeiträge schon am 1. August. Nachdem noch die Vertrauensmänner der einzelnen staatlichen Betriebe gesprochen und unter stürmischen Zustimmungskundgebungen dem Wunsche nach einem baldigen kriegsende Ausdruck gegeben hatten, sprach noch Reichsratsabgeordneter Müller, der eine Prüfung der Kriegsziele Deutschlands durch die österreichische Regierung verlangte. Nach einem Schlusssatz des Reichsratsabgeordneten Forstner wurde eine von ihm beantragte Entschließung angenommen, in der erklärt wird, daß die Staatsarbeiter insbesondere darauf verharren, daß die Zulagen für Kinder mit 400 K. bemessen werden und deren Wirksamkeit am 1. August zu beginnen habe.